

Andreas Wirsching

Durchbruch des Fortschritts?

Die Diskussion über die Computerisierung in der Bundesrepublik

Eine zentrale, einflussreiche und in der jüngeren Bundesrepublik-Forschung gut belegte These lautet, in der Mitte der 1970er Jahre sei eine Phase der »Planungseuphorie« oder auch des »Planungsbooms«¹ zu Ende gegangen. Dieser These zufolge gab es in den »langen« 1960er Jahren unter den politischen und administrativen Eliten einen »kurzen Sommer der konkreten Utopie«, wie Michael Ruck es genannt hat. Gemeint ist damit die Vorstellung, Politik könne durch wissenschaftlich fundierte Vorausschau, durch den Rat der Experten und durch konkrete Planung gesellschaftliche Prozesse aktiv gestalten und damit dem Fortschritt auf die Beine helfen.

Dieser Fortschritts- und Planungsoptimismus speiste sich aus wirtschaftlicher Prosperität – er konvergierte mit dem präzedenzlosen Aufschwung der Nachkriegszeit. Tatsächlich handelte es sich um einen Fortschritts- und Planungsoptimismus aus der wirtschaftlichen Fülle heraus. Der »kurze Sommer der konkreten Utopie« entwickelte sich aus dem »kurzen Traum immerwährender Prosperität« (Burkart Lutz). Erst mit dem Ende des Aufschwungs, gekennzeichnet von Ölpreis- und Wirtschaftskrise, hätten dann auch der Optimismus und die Orientierung an der Planung geendet. Die Planungskonjunktur erstarb binnen weniger Jahre.²

Im Kontext zunehmender zivilisationskritischer Tendenzen – Stichwort »Grenzen des Wachstums«, Anti-AKW-Bewegung, wachsendes ökologisches Bewusstsein usf. – brach nun gewissermaßen die »Postmoderne« aus. Die einst auf Rationalisierung, Fortschritt und Effizienz verpflichtete Moderne verlor ihre Einheitlichkeit und ihre Verbindlichkeit: Sie wich einer Pluralität möglicher Normen und Entwürfe und erreichte das Ende ihrer »Großen Erzählungen« (Lyotard).

Aber dieser auf den ersten Blick so plausible Eindruck, die »Planungseuphorie« sei durch eine »neue Unübersichtlichkeit« (Habermas) abgelöst worden, täuscht. Vielmehr entstanden binnen kurzem ein neuer Optimismus, eine neue Planungseuphorie und ein neuer Technokratismus. Von ihren Vorgängern der sechziger Jahre unterschieden sie sich in dreierlei Hinsicht: Erstens entsprangen sie nicht

der wirtschaftlichen Fülle, sondern der ökonomischen und finanziellen Knappheit; zweitens verfügten sie je länger desto mehr über ganz andere technische Möglichkeiten; drittens sind ihre gesellschaftlich-kulturellen Wirkungen wahrscheinlich ungleich nachhaltiger.

Eine Schlüsselrolle spielten in diesem Vorgang die Neuen Informationstechnologien. Und tatsächlich ist es der Computer, der das verbindende Element der ersten und der zweiten Planungswelle darstellt. Schon in der Zeit der ersten Großen Koalition entstand die Perspektive, Regierungshandeln durch EDV zu optimieren. Im Juli 1968 wollte der Kölner Express von einem »Geheimplan« in den ministeriellen Schubladen wissen und unkte: »Bonn will mit dem Computer regieren.«³ Und im Februar 1969 faßte der Planungsstab im Bundeskanzleramt die bis dahin geführte Debatte folgendermaßen zusammen: »1. Die Intensität des Austausches von Wissen entscheidet über die Fortentwicklung der Gesellschaft. 2. Die Informationslawine ist nicht bewältigt und führt durch unterschiedlichen Informationsstand zu unsachlichen Auseinandersetzungen. 3. Elektronische Datenbanken können die Informationslawine bewältigen. 4. Staat und Wirtschaft benötigen eine gemeinsame Informationsbasis. 5. Staat, Wirtschaft und Öffentlichkeit müssen unmittelbar über wissenschaftliche Erkenntnisse verfügen. 6. Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit brauchen ein umfassendes Informationssystem.«⁴

Auch wenn keineswegs klar war, zu welchem politischen Zweck die Daten gesammelt werden sollten – der politische Wille zu solcher Sammlung ging aus diesen apodiktischen Bemerkungen eindeutig hervor. Der Unterschied zu späteren Zeiten erschließt sich freilich beim Blick auf die technische Entwicklung: Bei steigender Leistung und gleich bleibenden Produktionskosten wurden die integrierten Schaltkreise immer kleiner. Auf einer Fläche von 0,5 cm² ließen sich 1964 10 Transistoren integrieren. 1970 waren es 100, 1975 1.000, und fünf Jahre später 50.000. Im Jahre 1985 waren es bereits eine Million. Jeglicher Planungseuphorie, die auf der Sammlung von Daten beruhte, erschlossen sich also vormals ungeahnte Möglichkeiten.

Am Beispiel der neuen Informationstechnologien sei daher im Folgenden ein kultureller Dreischritt diskutiert, der sich in der Bundesrepublik wie in den anderen westlichen Gesellschaften auch in geradezu atemberaubender Geschwindigkeit vollzog: nämlich vom Scheitern einer ersten Planungseuphorie über einen kurzen Sommer der »Postmoderne« hin zu einem langen Winter der konkreten Utopie.

I.

Zum Jahrzehnt des Umbruchs in dieser Richtung wurden die 1980er Jahre – und diesem Umbruch gilt der erste Gedankengang. Tatsächlich gerieten die achtziger Jahre zu einer Dekade intensiver Diskussionen um die »Computerisierung« der Bundesrepublik, und aus der Vielfalt der Wortmeldungen ragte zunächst die Skepsis gegen den Computer heraus. Sie knüpfte an Computerkritiker wie Joseph Weizenbaum an, der schon in den siebziger Jahren – in Anknüpfung an Max Horkheimer – vor dem »Imperialismus der instrumentellen Vernunft« durch den Computer und der ihm zugrunde liegenden binären Denkstruktur gewarnt hatte.⁵

Zum Leitmotiv und zum Symbol für die zeitgenössischen Ängste avancierte George Orwells Roman »1984«. Als es bald »soweit war« – 1983 nämlich – stritten die Deutschen um die Volkszählung und den maschinenlesbaren Personalausweis; und vor diesem Hintergrund gewann die Schreckensvorstellung vom totalen Überwachungsstaat, in der Tradition des »Televisors« aus Orwells Roman, neue Plausibilität.⁶ Dahinter stand stets die Angst um die Zukunft des Individuums: des modernen Winston Smith gleichsam, der auf der Folie der zwar demokratisch verfassten Massengesellschaft doch bloß zur Nummer und zur formbaren Materie einer anonymen Staatsmacht degradiert wurde; der scheitert, ja scheitern muß in seinem hilflosen Versuch, ein Bürger zu sein.

Zur gleichen Zeit aber – gewissermaßen durch die Hintertür – traten auch und gerade im Orwell-Jahr die Gegenstimmen in den Diskurs ein. Ihnen zufolge eröffneten Computer und neue Medien die Möglichkeit, selbstbestimmt und mündig, als aktiver Benutzer an der neuen Informationsvielfalt teilzuhaben. Gruppiert um thematische Leitbegriffe wie »Wirtschaftswachstum und Beschäftigung«, »Arbeitsorganisation«, »Bildung« und »Künstliche Intelligenz« meldete sich eine eindrucksvolle Phalanx internationaler Experten zu Wort, die vor allem die *Chancen* der neuen Informationstechnologie hervorhoben. Zwar werde deren Fortschritt erheblichen Anpassungsdruck ausüben, ihre Einführung und Weiterentwicklung seien jedoch zwingend.

Tatsächlich veränderte sich das Muster des bundesdeutschen Zeitgeistes und seiner kulturellen Codierung seit der Mitte der achtziger Jahre in geradezu dramatischer Weise: nachhaltig und mit weit reichenden Konsequenzen. In Form eines komplexen, dialektischen Prozesses »kippte« die Stimmung gewissermaßen: Optimistischere

Prognosen und hoffnungsvollere Erwartungen traten zunächst neben, bald aber an die Stelle des grassierenden Kulturpessimismus. Neue Formen des Fortschrittsdenkens und der Technologieakzeptanz begründeten neue Modernisierungspostulate und wiesen gebieterisch in eine als hell deklarierte Zukunft, für die George Orwell eben nicht der geeignete Maßstab zu sein schien.

Mehr als andere Perioden präsentieren sich daher die achtziger Jahre als dynamische Übergangszeit: In ihrem Verlauf vollzog sich zwar ein irreversibler technologischer Durchbruch zu neuen Produktions-, Arbeits- und Lebensformen. Deren längerfristige soziale und kulturelle Folgen blieben indes noch undurchsichtig und umstritten. Vielmehr warfen sie die ebenso alte wie brennend neue Frage auf, ob Technik und technische Entwicklung als gleichsam neutral gekennzeichnet werden können? Ob technische Entwicklungen quasi selbstläufig sind, indem sie den Gesetzmäßigkeiten einer freien Gesellschaft entspringen?

Hierüber entspann sich in den achtziger Jahren eine ausgedehnte, heftige und kontroverse Diskussion. Über die ganze Dekade hinweg gab es kaum eine gesellschaftliche Gruppe, die nicht Stellung bezog, kaum einen politischen und wissenschaftlichen Teildiskurs, in dem nicht die Chancen, Risiken und Gefahren, vor allem aber die »Herausforderung« der neuen Technologien und neuen Medien aufgegriffen und gegeneinander abgewogen wurden. Die Pessimisten betonten dabei die forcierte Entfremdung, die von den neuen Technologien und Medien ausging, und damit stellten sie sich in eine lange Tradition der Technik- und Modernitätskritik. Max Weber hatte die durchrationalisierte Welt des Kapitalismus als »stahlhartes Gehäuse« bezeichnet; ihm drohte nun ein »elektronisches Gehäuse der Hörigkeit« zu folgen.⁷ In der »schönen elektronischen Welt« und im Zuge einer umfassenden, EDV-gestützten Selbstenteignung würden individuelle Kreativität, menschliches Denkvermögen und personelle Selbstbestimmung einer umfassenden Taylorisierung und dem Diktat der ökonomischen Verwertbarkeit zu weichen haben.⁸

Aber gegen Ende der achtziger Jahre verpuffte solche massiv geäußerte Kritik praktisch wirkungslos. Während nämlich Kirchen und Gewerkschaften, kritische Intellektuelle (fast) aller Richtungen sich darin erschöpften, ihre ebenso wortreichen wie vergeblichen Warnungen vor einer Erneuerung des stahlharten Gehäuses mit elektronischen Mitteln vorzutragen, besetzten andere ganz ungeniert die Positionen des Fortschritts, des Wachstums und der Modernisierung. Tatsächlich etablierte sich in den achtziger Jahren, gleichsam im

Schoße der »Postmoderne« und von vielen unbemerkt, ein neues, wirkungsmächtiges und zunehmend kritikresistentes Fortschritts- und Modernisierungsparadigma. Es versprach durch die zielgerichtet optimierte Planung und Steuerung technischer Entwicklung und menschlicher Bildung Krisen zu bewältigen, Wohlstand zu mehren und die bundesdeutsche Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

II.

Sehr rasch erwuchs aus diesem neuen Planungs- und Modernisierungsparadigma auch ein kultureller Deutungsanspruch. Das Schlüsselwort hierfür lautete *Kommunikation*, womit derjenige Bereich benannt war, der sich durch die Neuen Technologien besonders dynamisch veränderte. Pioniere, Profiteure und politische Befürworter der neuen Technologien vertraten von Beginn an den Anspruch, das Werk der Technik sei im ganz unmittelbaren Sinne Kultur. Mit anderen Worten: Die inhaltliche Bestimmung von Kultur wurde durch die Beschreibung ihrer Form geleistet. Damit wurde es zunehmend möglich, über den Begriff der Kommunikation kulturelle Deutungsmacht, ja Definitionshoheit zu gewinnen. Aus dem Blickfeld geriet dabei freilich, dass sich hinter dem Begriff der Kommunikation auch ganz konkrete ökonomische Rationalisierungs- und Verwertungsinteressen verbargen. Allgemein gesprochen resultierten sie aus dem forcierten Anpassungsdruck, den die weltweite Wirtschaftskrise im Gefolge des Ölschocks bewirkte. Die konkretesten Interessen vertraten jedoch diejenigen Branchen, die eben jenen Anpassungsprozess vorantrieben, Strategien entwickelten und Beratungen durchführten: kurz die industrieorientierten Dienstleistungsunternehmen.

Es war zunächst in diesem Zusammenhang, dass Begriffe wie »Wissens- und Informationsgesellschaft«, Fortbildung und »lebenslanges Lernen«, individuelle Kreativität, Team- und Kommunikationsfähigkeit usf. zu Leitmotiven wurden. Ihre Einführung bzw. Forcierung in Form »sozialer Innovationen« glich einem kybernetischen Modell, einem instrumentellen Ansatz, um die Akzeptanz des technischen Wandels betriebsintern wie gesamtgesellschaftlich zu erhöhen.

Aus dieser Sicht ergaben sich aus den Herausforderungen der neuen Technologien neue Anforderungen an die Bildung und Fortbildung des Menschen. Denn wenn man der Technik faktisch nicht ausweichen konnte, dann galt es vor allem den Menschen selbst an-

zupassen: seine Gewohnheiten, Fähigkeiten, Arbeitstechniken gleichsam zu »modernisieren«. Die erforderliche Optimierung der »Mensch-Maschine-Schnittstellen im Produktionsprozeß«⁹ stellte sich vor allem als Bildungs- und somit als kulturelles Problem dar. Der technologische Fortschritt erzwang es aus dieser Sicht geradezu, den Menschen als »kreativ Handelnden« zu betrachten und in neue, flexiblere Arbeitsorganisationen zu integrieren.

Hieraus ergaben sich konkrete bildungspolitische Forderungen, wie sie bereits sehr früh der Informatiker Klaus Haefner erhob. Haefner war in den achtziger Jahren eine der intellektuell-technokratischen Schlüsselfiguren des neuen Trends. Unter dem Stichwort einer »neuen Bildungskrise« ging er davon aus, dass das traditionelle Bildungswesen definitiv seine Legitimation eingebüßt habe. In der Vergangenheit sei allein der Mensch in der Lage gewesen, informationsverarbeitende Probleme zu lösen. Der hierauf beruhende Bildungskonsens sei mit der Heraufkunft des Computers nicht mehr haltbar. Denn neben der Qualifikation durch das herkömmliche Bildungswesen gebe es nun die Möglichkeit des Ankaufs »geeigneter Hard- und Software von der informationstechnischen Industrie«. In der »human computerisierten Gesellschaft« brauche das Bildungswesen daher eine neue Legitimation, die allein daraus entstehen könne, dass es »in sehr breitem Maße die Menschen für das Leben in einer informationstechnisch unterstützten Welt qualifiziert.«¹⁰

In diesem Kontext bahnten während der 1990er Jahre Leitbegriffe wie »soziale Innovation«, »Wissensgesellschaft«, »Produktivkraft Wissen« usf. den Weg zur Ökonomisierung der Kultur oder– vielleicht besser – zur Übersetzung des ökonomischen Interesses in einen kulturellen Code. Und dieser Code lässt sich auch als neue Form der Ideologie bezeichnen.

III.

Elemente solcher neuen Ideologien entstanden klar erkennbar während der achtziger Jahre, und zwar im engen Wechselspiel mit dem Aufstieg der neuen Medien und Technologien sowie in Reaktion auf spezifische Knappheits- und Rationalisierungszwänge der westlichen Ökonomien.

Vier ideologiekritische Stichworte scheinen in diesem Zusammenhang angemessen.

1. die Entstehung eines *Deutungsmonopols* in der sogenannten

»Wissens- und Informationsgesellschaft«: Zwar lieferte die Computertechnologie zunächst keineswegs *neue* Informationen, aber sie überzog die westlichen Gesellschaften mit einem gewaltigen Mehr an Informationen, das heißt sie erweiterte, beschleunigte und verdichtete die Möglichkeiten der Information und der Kommunikation. Zur mächtigen Metapher dieser Möglichkeit wird das »Netz« bzw. das »Netzwerk«, das alles verbindet: »nicht nur Bits und Bytes, eine im Prinzip unendliche Vielfalt von Ideen und Gedanken, sondern auch die Idee einer unendlichen Vielfalt von Gedanken.«¹¹

Die Folge ist ein utilitaristischer, technizistischer Begriff des Wissens, dessen Basis die Formalstruktur der Kommunikation bleibt. Zugleich aber erhebt er den Anspruch, allgemein verbindlich zu sein und als einzig legitimer Zielpunkt der Bildungssysteme zu gelten. Das neue Deutungsmonopol selektiert dann aggressiv zwischen nützlichem und erwünschtem Wissen und solchem Wissen, das entbehrlich ist und folglich auch keine Investitionen mehr erfordert. Mit der ebenso dramatischen wie anfechtbaren Behauptung, die »Halbwertszeit« des Wissens verkürze sich in der »Wissengesellschaft« immer rascher, wendet es sich in scheinbar objektiver Weise gegen die Formen langfristig akkumulierten, grundlagengestützten Wissens, gegen traditionelle Kanones und *last but not least* gegen die zweckfreie Forschung und Bildung, die sich den Diktaten der Zeit und der Verwertbarkeit verweigert. Seinen ideologischen Charakter offenbart dieses Deutungsmonopol in dem Maße, in dem es resistent wird gegen jegliche Formen des Diskurses, der Kritik und des Erfahrungswissens.

2. *Verheißung und Utopie*: Gerade weil sich das Deutungsmonopol der Wissensgesellschaft der Kritik verschließt, braucht es Legitimation durch Verheißung. In den späten siebziger und achtziger Jahren versprachen die extrem optimistischen Diagnosen gigantische Produktivitätsgewinne infolge der neuen Technologien. In Fortsetzung der Dreisektoren-Hypothese eines Jean Fourastié prognostizierten sie einen fortschreitenden Rückgang der körperlichen Arbeit und deren weitere Verlagerung auf den tertiären Sektor. Im Sinne eines sich selbst tragenden Entwicklungsprozesses würde dies eine prosperierende Wohlstands- und Freizeitgesellschaft hervorbringen, die dem Einzelnen ungekannte Chancen individueller kultureller Entfaltung eröffnen würde.¹² Arbeit werde sich als Individualität und Kreativität, als Autonomie und freie Kommunikation erfüllen und all dies auf der Basis materiellen Wohlstands – so lautete das Heilsversprechen der neuen Technologien und ihres Deutungsmonopols.

Heute ist zwar klar erkennbar, dass alle diese Verheißungen auf massive Probleme und Widerstände gestoßen sind. Diese Probleme und Widerstände liegen in der Komplexität der realen, modernen Welt begründet. Umso wichtiger erscheint es dann aber, diese Probleme durch die Verwirklichung konkreter, EDV-gestützter Rationalisierungsutopien zu lösen. Beispiele hierfür sind die vielfältigen Pläne zur Errichtung zentraler Datenbanken, welche finanz- und gesundheitspolitische, sicherheits- und bildungspolitische Optimierungsprozesse gewährleisten sollen.

Dass alle diese Pläne weitgehend Utopien sind, liegt auf der Hand. Aber wir wissen aus der Geschichte, dass Utopien in dem Augenblick gefährlich werden, in dem man daran geht, sie zu verwirklichen. Und es ist schon erstaunlich, welchen Sturm der Entrüstung 1983 die Sandkastenspiele des damaligen Volkszählungsprojekts hervorriefen,¹³ und wenn man dies vergleicht mit der Lethargie, auf die heute ganz andere Pläne, eben konkret gemeinte Utopien treffen. Auch nur ihre partielle Verwirklichung führt einerseits zu neuen Bürokratisierungsschüben. Andererseits aber werden sämtlichen denkbaren und noch unbekanntem sozialtechnologischen Versuchungen Tür und Tor geöffnet.

3. der *neue Mensch*. Tatsächlich tendieren die Informations- und Kommunikationstechnologien dazu, den Menschen nach ihrem Bilde zu formen. Ein Leitbild begann zu entstehen, das der amerikanische Soziologe Richard Sennett 1998 an vielen eindrucksvollen Beispielen vor Augen führte: Der »flexible Mensch«.¹⁴ Zwar war die Verkündung der Wissens- und Informationsgesellschaft stets von schönen Melodien begleitet: Sie sangen das Loblied von der individuellen Kreativität und rückten den Menschen als unverwechselbares Individuum in den Mittelpunkt. Aber das war leicht durchschaubare Rhetorik. Was am Menschen vor allem interessierte, war vielmehr seine Eigenschaft als ein sich verhaltendes System, das durch kybernetische und quasi-behavioristische Strategien ideologiekonform beeinflusst werden kann. Schon in den achtziger Jahren reichten sich auf dieser Ebene konservativ-liberale Technokraten und »linke« Utopisten die Hand. So sprach etwa der polnische Marxist Adam Schaff 1985 ausgerechnet im Auftrag des Club of Rome die Sprache der Computeroptimisten und Unternehmensberater, wenn er prognostizierte: »Der universelle Mensch, der allseitig gebildete, also zur Berufsänderung und damit auch zur Änderung seiner Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung fähige Mensch, war bisher nur eine Utopie; heute beginnt er reale Gestalt anzunehmen. In einem gewis-

sen Sinn wird er zur Notwendigkeit. Der Realisierung dieses Ideals werden sowohl die ständige Bildung wie die immer effizienteren Techniken der Informatik dienen.«¹⁵ Die Sprache der »Wissensgesellschaft«, die vom »lebenslangen« Lernen handelt, von der Flexibilität und Mobilität, von der Notwendigkeit multipler Berufsbilder innerhalb eines Lebenslaufes, von der »Patchwork-Biographie« usf., war die direkte Folge dieses Menschenbildes. Und sie ermöglichte den technokratischen Brückenschlag zwischen früheren Anhängern der 68er Generation und den Verfechtern eines neo-liberalen Rationalisierungsmodells.

4. *Ideologie und Interesse*: Wem nützten die neuen Ideologien, die im Schlepptau der Neuen Technologien unverkennbar ihr Haupt erhoben? Welche wissenssoziologische Funktion haben sie? Die Antwort geht in eine doppelte Richtung. Zunächst waren es natürlich all jene, die von der Entwicklung der Neuen Technologien direkt profitierten und deren Interesse an ökonomischer Gewinnmaximierung und persönlicher Selbstverwirklichung sich am elegantesten in den Code des neuen Kulturalismus kleiden ließ. Die Rede ist von der Beraterbranche, den Unternehmensberatern im engeren Sinne, aber auch dem Heer der Kommunikationstrainer und Karriereplaner, der Persönlichkeitsentwickler und Motivationskünstler. Der technologische Wandel, die ökonomischen Rationalisierungszwänge und die erzwungene Flexibilisierung der Lebensläufe eröffneten einen schier unerschöpflichen Markt für Beratung aller Art.

Vor allem die Unternehmensberatung etablierte sich in den achtziger Jahren als Wachstumsbranche, während sie sich zugleich als wichtiger Speicher für die »Produktivkraft des Wissens« – als Kulturträger also – präsentierte. Gestützt und geschützt durch das sich etablierende Deutungsmonopol, gab die Beraterbranche vor, das umfassende *know how* bereitzustellen, um die aufeinander abgestimmten technischen und sozialen Innovationen erfolgreich zu steuern. Tatsächlich kreierte die achtziger Jahre leitmotivisch den Typus des Unternehmensberaters als Repräsentanten einer neuen Elite. Sein Nimbus ergab sich zum einen aus den zumindest theoretisch extrem hohen Anforderungen, die die großen Beratungsgesellschaften an ihre Bewerber richteten, zum anderen aber auch aus den Aspekten seines »persönlichen Charakters« wie »Glaubwürdigkeit, Aufrichtigkeit, Souveränität, Menschlichkeit, Autorität (im positiven Sinne), Weltoffenheit, Flexibilität und Motivation«: Menschliche Eigenschaften, »die in einem sozio-kulturellen Mehrebenen-Design betont werden« mussten, um den Erfolg zu gewährleisten. Nicht nur »Fach-

mann für Fachwissen« sollte der Consultant daher sein, sondern ebenso – hierin dem Lehrer gleich – »Erzieher, Berater, Partner und Vorbild«. ¹⁶ Über die genuin betriebswirtschaftlichen Ziele der Consultants: ökonomische Rationalisierung und Gewinnmaximierung sprach man dagegen weniger.

Aber hinter den neuen Ideologien verbarg sich noch ein anderes, auf die Dauer wohl mächtigeres Interesse, nämlich dasjenige der politischen Akteure. Die neuen Ideologien wären nämlich bestens geeignet, die aufgestauten politischen Probleme der unter Anpassungsdruck stehenden und unter Komplexitätssteigerung ächzenden westlichen Gesellschaften in Form von Scheinlösungen vom Tisch zu bekommen. Durch Rationalisierungsgewinne mehr Effizienz zu erreichen; durch mehr Effizienz Kosten einzusparen, zugleich Innovation zu generieren und damit die Qualität staatlicher Funktionen und Dienstleistungen zu steigern – dies war die strategische Verheißung, die Politiker aller Parteien in den 1980er und 1990er Jahren unermüdlich predigten. Dass sich freilich diese Verheißung in der gesellschaftlichen Praxis häufig genug in ihr schlichtes Gegenteil verkehrte, war ein sicheres Zeichen für ihren ideologischen Charakter.

IV.

Es ist heute offenkundig, dass das Programm der Wissens- und Informationsgesellschaft einen offensichtlich unwiderstehlichen Sog auf ganz unterschiedliche politische Lager und Milieus ausübte. Alte Linke und neue Liberale, Ex-68er und konservative Technokraten fanden in ihr eine gemeinsame kulturelle und politische Plattform. Die Wurzeln hierfür liegen ausgerechnet in den achtziger Jahren, als doch vordergründig über den Gehalt und die Rückwirkungen der so genannten »geistig-moralischen« Wende gestritten wurde. Tatsächlich aber entstand damals ein ideologieanfälliges EDV- und mediengestütztes Modernisierungsparadigma, das sich binnen kurzem über »postmoderne« Bedenklichkeiten souverän hinwegsetzte. Vieles aus ihm war aus der Planungseuphorie der sechziger und frühen siebziger Jahre bekannt: Menschliches Verhalten schien (wieder) steuerbar, Fortschritt (wieder) planbar und Erfolg (wieder) machbar zu sein.

Zu warnen ist freilich davor, durch die bloße Kritik an der Computerisierung eine altbekannte, im Kern deterministische Kulturkritik zu reproduzieren, die letztendlich im unfruchtbaren Kulturpessimismus endet und bloß noch affirmativ wirkt. Die Ingredienzien

solcher Positionen finden wir bereits in der maßgeblich von Helmut Schelskys Idee vom »technischen Staat« in Gang gesetzten Technokratiedebatte der frühen sechziger Jahre.¹⁷ Eine deterministische Technokratiekritik leugnet letztendlich auch die demokratische Substanz moderner Gesellschaften und die Möglichkeit zur Freiheit der Wahl. Damit wird sie selbst zum Hebel antidemokratischen Denkens und zur freiheitsverneinenden Ideologie. Entscheidend ist demgegenüber die Verpflichtung auf die Offenheit sozialer und politischer Prozesse.

Ein solcher Diskurs, der die Freiheit der Wahl einfordert, stellt nicht die Technik an sich in Frage. »Um den Orwellschen Staat zu verhindern, müssen wir irgendwo, irgendwann ›nein‹ sagen«¹⁸ – so lautete 1984 die Forderung Joseph Weizenbaums. Tatsächlich aber ist das bloße Verneinen der Technik keine historische Möglichkeit. Vielmehr geht es um das kulturelle Umfeld, in dem die Technik ihre Wirkung entfaltet. Und dieses kulturelle Umfeld muss durch Pluralität gekennzeichnet sein: durch Pluralität in der Wissenschaft wie auch in der Politik; Pluralität, die wir bitter brauchen angesichts der unstrittigen Uniformierungstendenzen, denen wir in der modernen bürokratischen und computerisierten Welt unterliegen. Pluralität, die offensiv eingefordert wird, auf Alternativen technologischer Anwendungen hinweist und gegebenenfalls pragmatische Lösungswege eröffnet. Ein solch kritischer Diskurs wird im Grunde zur Pflicht einer freiheitlichen Denkhaltung. Mit ihr und durch sie werden allzu platte Fortschrittsvisionen relativiert. Und sie ermöglicht es auch im Computerzeitalter, die für die Moderne so typische Dialektik zwischen Uniformierung – wie sie z.B. der weltweite Siegeszug von Microsoft symbolisiert – und Pluralisierung herzustellen.

- 1 Gabriele Metzler: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn u.a. 2005, S. 419. Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die gekürzte und leicht überarbeitete Fassung eines Vortrags, den ich am 16. Juli 2009 im ZZf in Potsdam gehalten habe.
- 2 Michael Ruck: Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie. Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: Axel Schildt (Hg.): Dynamische Zeiten: Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg, 2000, S. 362-401, hier S. 398.
- 3 Zit. Metzler: Konzeptionen, S. 339.

- 4 Planungsstab Bundeskanzleramt: »Überlegungen für ein umfassendes, arbeitsteiliges Datenbanksystem in der Bundesrepublik Deutschland«, 14.2.1969, BAK B 106/54313, zit. n. Metzler: Konzeptionen S. 341.
- 5 Joseph Weizenbaum: Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft, Frankfurt/M. 1977 (zuerst amerik. 1976), S. 326 f. u. 337 ff.
- 6 Vgl. hierzu und zum folgenden: Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990, München 2006, S. 432 ff.
- 7 Claus Koch: Jenseits der Gesellschaft. Die Zukunft im elektronischen Gehäuse, in: Merkur 37 (1983), S. 737-746, hier S. 741.
- 8 Norbert Müller (Hg.): Schöne elektronische Welt. Computer – Technik der totalen Kontrolle, Reinbek bei Hamburg 1982.
- 9 Albert Kuhlmann: Mensch-Maschine-System der Zukunft, in: 1984 und danach. Die gesellschaftliche Herausforderung der Informationstechnik. Konferenzdokumentation, hrsg. v. Bundesminister für Forschung und Technologie, Bonn 1984, S. 483-527, hier: S. 488.
- 10 Klaus Haefner: Mensch und Computer im Jahre 2000. Ökonomie und Politik für eine human computerisierte Gesellschaft, Basel u.a. 1984, S. 245.
- 11 Bernhard von Mutius: Die Verwandlung der Welt. Ein Dialog mit der Zukunft, Stuttgart 2000.
- 12 Von modifiziert marxistischer Seite: André Gorz, Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit, Berlin 1983, v.a. S. 53 ff.; Adam Schaff, Wohin führt der Weg? Die gesellschaftlichen Folgen der zweiten industriellen Revolution, Wien u. München 1985.
- 13 Vgl. hierzu Wirsching, Abschied, S. 393 ff.
- 14 Richard Sennett, Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 1998 (zuerst englisch 1998).
- 15 Schaff, Wohin führt der Weg, S. 148.
- 16 Urs M. Rickenbacher, Sozialwissenschaftliche Aspekte zur Entwicklung eines Anforderungsprofils für die Ausbildung von Management Consultants, in: Walter Sertl u. Klaus Zapotoczky (Hg.), Neue Leistungsinhalte und internationale Entwicklung der Unternehmensberatung, Stuttgart u.a. 1989, S. 39-66, hier: S. 46 u. 47.
- 17 Helmut Schelsky, Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation (1961), in: ders., Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf u. Köln 1965, S. 439-480. Hierzu Metzler, Konzeptionen, S. 196-207.
- 18 Joseph Weizenbaum, Die technische Revolution auf dem Gebiet der Datenverarbeitung und ihre Folgen für die Freiheitsrechte in einer demokratischen Gesellschaft, in: Neue Technologien und Medien in Bildung und Gesellschaft, GEW-Script [1984], S. 115-127, hier S. 120.